

Neujahrsempfang des Landkreises Ludwigsburg am 22.01.2010 im Beruflichen Schulzentrum Bietigheim-Bissingen

**Rede von Herrn Dr. Herbert Müller, Präsident der IHK Region Stuttgart und
Vorsitzender der Geschäftsführung der Ernst & Young GmbH Stuttgart
Thema: „Berufliche Bildung im Landkreis Ludwigsburg“**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Landrat, ich fühle mich sehr geehrt, dass Sie mich eingeladen haben, heute hier zu sprechen. Vor allem, wenn ich auf die Liste der Redner der vergangenen Jahre blicke. Sie haben Professor Leibinger genannt, einen meiner Vorgänger im Amt des IHK-Präsidenten, den ich natürlich sehr gut kenne und sehr verehere. Und ich freue mich, weil der Landkreis Ludwigsburg meiner Frau und mir besonders am Herzen liegt. Denn wir wohnen hier seit 15 Jahren und seit eineinhalb Jahren in einer Gemeinde, von der ich gehört habe, sie sei die kleinste in Ihrem Landkreis. Wir fühlen uns dort sehr wohl und beobachten von dort natürlich mit großem Interesse was Sie, Herr Landrat, hier tun.

Als IHK-Präsident der Region Stuttgart, aber auch als Chef der Firma Ernst & Young liegt mir eines besonders am Herzen: die Wirtschaft. Deshalb erlauben Sie mir, dass ich in meiner Rede dazu ein paar Fragen behandle und Ihnen meine Einschätzung gebe, bevor ich auf das Thema Bildung und berufliche Bildung komme.

Die Fragen, die mich beschäftigen und mit denen Sie sich wahrscheinlich beschäftigen, sind: Schafft es unsere Wirtschaft aus der Krise? Haben wir Chancen im neuen globalen Wettbewerb? Welche Rahmenbedingungen braucht unsere Wirtschaft politisch? Zunächst zu meiner Einschätzung der weiteren konjunkturellen Entwicklung: Sie haben es erwähnt, die Finanzmarktkrise hat uns fest im Griff – noch. Im Herbst 2008 ist sie übergesprungen auf die reale Wirtschaft. Wir haben den heftigsten Konjunkturabschwung erlebt seit dem zweiten Weltkrieg und jetzt seit Herbst 2009 scheint es so, dass der Abschwung zu Ende geht und ein leichter Aufschwung einsetzt. Und in der Tat sprechen einige Gründe dafür, dass dies auch so kommen wird. Die Konjunkturpakete, die rund um die Welt von vielen Ländern geschnürt wurden, müssen ja eine Wirkung haben. Die leeren Lager vieler Industrieunternehmen müssen auch wieder gefüllt werden. China und andere Schwellenländer wollen sich weiter entwickeln, sie haben einen Nachholbedarf. Und der Konsum ist ja erfreulicherweise stabil. Man sagt normalerweise, dass die Börse einen Aufschwung vorweg nimmt und Sie wissen ja alle, wo der DAX heute wieder steht. Er steht relativ hoch.

Natürlich höre ich viele Stimmen aus der Wirtschaft. Nicht nur hier in der Region, sondern auch darüber hinaus und daraus ergibt sich ein sehr kritisches Bild. Hier in der Region Stuttgart sind wir geprägt vom Automobil- und Maschinenbau. Hier höre ich noch sehr verhaltene Stimmen, wenngleich es auch hier seit Herbst Aufwärtstendenzen gibt. Andere Regionen haben einen anderen Branchenmix und sind zum Teil in einer sehr entspannten Lage.

Insgesamt glaube ich deshalb, dass die Prognose des Sachverständigenrats eintreffen könnte, dass wir dieses Jahr mit 1,6% wachsen. Allerdings gibt es auch Risiken, aus denen sich Wachstumsbremsen oder gar Rückschläge ergeben können. Es gibt weltweit noch signifikante Probleme in den Bankbilanzen und die Geschichte lehrt uns, dass Rezessionen nach Finanzkrisen besonders lange dauern, da die Banken zunächst die Abschreibungen verdauen und neues Eigenkapital bilden müssen.

Auch ist die Sorge berechtigt, dass die Banken aus diesem Grund den Aufschwung, wenn er dann richtig einsetzt, vielleicht nicht in vollem Umfang finanzieren werden.

Und vergessen wir nicht, dass der Aufschwung 2004/2005 bis 2008 zum großen Teil auch deshalb möglich war, weil wir diese Verbriefungen hatten. Die Banken waren deshalb so spendabel, weil sie die Risiken weiterreichen konnten. Diesen Verbriefungsmarkt haben wir jetzt eben nicht mehr.

Nach Angaben der Europäischen Zentralbank, das muss man sich einfach mal auf der Zunge zergehen lassen, haben die Banken in Europa wohl noch insgesamt Risiken von etwa 200 Milliarden Euro in den Büchern und die EZB geht davon aus, dass dieser Betrag auch abgeschrieben werden muss. Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds werden die westeuropäischen Banken insgesamt etwa die Hälfte ihres Eigenkapitals, und das sind 1,6 Billionen Dollar, vernichtet haben.

Zu den Finanzmarktrisiken, die man nicht gering achten sollte, kommt hinzu, dass die Staatsverschuldung horrend angestiegen ist. Herr Landrat, Sie haben das bereits erwähnt. Auch hier ein paar Zahlen: In den USA ist die Staatsverschuldung angewachsen auf 75% des dortigen Bruttoinlandsprodukts, in der EU ist die Verschuldung angestiegen von 66% auf 88% des Bruttoinlandsprodukts. In Japan beträgt die Verschuldung inzwischen fast das Doppelte, nämlich 200%, des dortigen Bruttoinlandsprodukts. Diese Länder, da führt kein Weg vorbei, müssen deshalb alle sparen und dies wiederum bremst natürlich die Wirtschaft.

Ein drittes Gefahrenpotential möchte ich ansprechen. Durch die Liquidität, die die Zentralbanken ja praktisch zum Nulltarif in die Wirtschaft pumpen, hat sich die Gefahr einer neuen Blase entwickelt. Der Kapitalmarkt nutzt die Liquidität zu Spekulationen, das lesen wir jeden Tag in der Zeitung. Hieraus kann sich dann wieder ein Absprechungsbedarf ergeben und damit vielleicht ein erneuter Rückschlag. Außerdem, das erwarten wir ja alle, werden die Zentralbanken irgendwann die Zinsen erhöhen, um der Inflation Einhalt zu gebieten. Wir werden somit, und natürlich auch wieder unsere Unternehmen, mit höheren Zinsen belastet.

Deshalb meine ich – und das ist meine Empfehlung an die Unternehmen, die in unserer Industrie- und Handelskammer vereinigt sind, aber auch darüber hinaus – dass wir uns auf dieses Szenario einstellen müssen. Der Trend wird deshalb in den Unternehmen, so wie ich es beobachte, weiter gehen: Vorhalten von Liquidität, also Darlehen und Geld vom Kapitalmarkt aufnehmen solange es welches gibt, nur sehr vorsichtige Investitionen tätigen in Anlagevermögen, und – das ist vielleicht die größte Herausforderung für uns Unternehmer insgesamt, aber auch für unsere Arbeitnehmer – es geht weiter um die Flexibilisierung der Belegschaft, damit man dann gerüstet ist, wenn der Abschwung wieder kommt.

Als Exportweltmeister – auch ein Thema, das sehr strapaziert wird in der heutigen Zeit – müssen wir ja schließlich bedenken, dass unser Erfolg im Export davon abhängt, dass andere Länder unsere Güter und Waren kaufen und importieren. Und dabei haben sich in den letzten Jahren erhebliche Ungleichgewichte in der Welt gebildet. Insbesondere die Amerikaner, aber auch viele andere Länder, haben auf Grund ihrer hohen Importe hohe Leistungsbilanzdefizite aufgebaut und zwar auf Pump. Und wir alle wissen, dass dies auf Dauer nicht gut gehen kann. Weil dies alles so ist, hat die Bundeskanzlerin Frau Merkel den G20-Ländern zu Recht eine neue Weltordnung empfohlen und zwar für nachhaltiges Wachstum. Glauben wir, meine Damen und Herren, auch wirklich, dass eine solche neue Ordnung Realität wird? Dies würde ja bedeuten, dass alle Länder Maß halten, nicht nur die Amerikaner, auch die Schwellenländer. Ich glaube, wenn ich ehrlich bin, dass es anders kommen wird. Die Amerikaner werden weitermachen wie bisher, also den Markt weiter mit billigem Geld fluten.

Das haben sie ja auch nach dem Börsencrash vor acht Jahren gemacht. Das hat man aber alles erst viel später gemerkt.

Auch die Europäische Zentralbank wird sich dann nicht so schnell trauen, den Exit aus dem billigen Geld einzuleiten. Die neuen Regeln für den Finanzmarkt haben wir ja ohnehin aufgeschoben. Aufgeschoben bis die Konjunktur wieder läuft, bis wir es uns dann leisten können. Dieses Window nutzen die Banken gnadenlos, um durch Spekulationen Eigenkapital zu bilden, natürlich verbunden mit dem Risiko, wieder eine Finanzmarktkrise auszulösen. Die Schwellenländer schließlich werden ihren Nachholbedarf weiter stillen, das dürfte klar sein. Damit steigt die Nachfrage nach Rohstoffen und damit der Preis, den unsere Unternehmen bezahlen müssen. Deshalb platzt dann irgendwann wieder die Blase, das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Und es wird diesmal wahrscheinlich gar nicht so lange dauern. Deshalb noch einmal: die Wirtschaft, wir Unternehmer, müssen uns darauf einstellen. Unsere Unternehmen müssen Export und Wachstum mitnehmen, solange es geht. Sie müssen sich auch jetzt schon so organisieren, dass sie wieder schrumpfen können, wenn die Blase platzt.

Die Bundeskanzlerin übrigens, das habe ich vor kurzem in einem Gesprächskreis in Berlin live miterleben dürfen, hält von solchen Szenarien, die ja von anerkannten Volkswirten gezeichnet werden und von vielen Leuten in unseren Unternehmen auch für richtig gehalten werden, überhaupt nichts. Sie weist die Prognosen der Sachverständigen zurück, weil, so sagt sie, niemand wissen kann, was die Zukunft bringt. Sie neigt zu pragmatischen Entscheidungen nach dem Prinzip Hoffnung. Wer allerdings ein Unternehmen leitet, kann so nicht vor gehen. Er muss schon sorgfältig die Szenarien abwägen.

Wie ist die Lage, meine Damen und Herren, in der Region Stuttgart? Das Scheitern von Porsche bei der VW-Übernahme, die Wegverlagerung der C-Klasse in die USA, der Arbeitsplatzabbau bei verschiedenen Automobilzulieferern und Maschinenbauern, das Fiasko bei der LBBW und nicht zuletzt das Pech des VfB veranlasst die Journalisten immer wieder, zu uns und zu mir bei der IHK zu kommen und die Frage zu stellen: Schwächelt unsere Region, die doch stets eine Führende war und die doch eigentlich die Nr. 1 oder Nr. 2 unter den Wirtschaftsregionen in Europa war? Und die Menschen auf der Straße, das hören Sie auch in Ihrer Nachbarschaft, die gehen mit ihren Fragen noch darüber hinaus. Die fragen, ist denn die Zeit des Exportweltmeisters zu Ende? Können wir mit den traditionellen Mitteln der Politik überhaupt wieder aus der Krise herausfinden oder müssen sich Politik und Volkswirtschaftslehre völlig neu erfinden, weil sie Krisen weder vorhergesehen noch verhindert haben? Haben wir noch das richtige Wirtschaftssystem? Müssen wir gar unserem Wachstumsfetischismus abschwören, weil es vielleicht gar keinen mehr gibt?

Insoweit sind meine Antworten eigentlich eindeutig. Die soziale Marktwirtschaft wird, davon bin ich fest überzeugt, weiterhin das richtige Modell für unser Wirtschaftssystem sein und die Bevölkerung hat das ja im Grunde bei den letzten Wahlen auch bestätigt. Unser auf Export gerichtetes Geschäftsmodell in der Bundesrepublik wird noch eine Weile tragen, aber nicht auf Dauer. Die Region Stuttgart schwächelt technologisch überhaupt nicht und es wäre absurd, wenn man dem Wachstum abschwören würde, bei einer weltweit wachsenden Bevölkerung. Ich sehe, um es vorweg zu nehmen, insgesamt keinen Grund zu verzagen, aber ohne den Mut der Politiker und die Bereitschaft der Bevölkerung zu Veränderungen wird es auf Dauer nicht gut gehen.

Und deshalb möchte ich, bevor ich zum Thema des heutigen Abends komme, noch ein paar zentrale Fragen ansprechen, die wir unbedingt diskutieren müssen.

Zunächst, wie steht es mit unserer Innovationskraft? Wir alle wissen, dass wir in Deutschland nur mit Innovationskraft im globalen Wettbewerb bestehen können. Es ist der Erfolgsfaktor Nr. 1 unserer Wirtschaft.

Insoweit bin ich der festen Überzeugung, dass wir auch künftig sehr sehr gute Chancen im globalen Wettbewerb haben. Ebenfalls ist es die Quintessenz meiner Beobachtungen, Recherchen und Gespräche, die ich seit meinem Amtsantritt als IHK-Präsident in der Region Stuttgart im letzten Jahr geführt habe. Mangelnde Innovationskraft verschafft mir, meine Damen und Herren, wirklich keine schlaflosen Nächte.

Es gibt auch, das muss man ehrlich sagen, keinen Grund, insoweit massive Kritik an der Wirtschaftspolitik von Baden-Württemberg zu üben. Natürlich gibt es immer noch Potential, besser zu werden. Vielleicht nur zur Erinnerung ein paar Leitlinien unserer Innovationspolitik: Alles geht zurück auf den Lissabon-Prozess. Wir haben ja Anfang der 90er Jahre in der Europäischen Union erkannt, dass wir einen Rückstand gegenüber den Amerikanern haben. Das hat uns angespornt. Seither folgen wir einigen, aus meiner Sicht, wirklich richtigen Grundprinzipien. Nämlich, dass der Staat den technischen Fortschritt nicht planen und dirigieren kann. Dieser ergibt sich aus dem Wettbewerb. Der Staat kann den technologischen Wandel aber sehr wohl wirksam unterstützen und ihm Impulse geben. Und eine sinnvolle Innovationspolitik muss drei Dinge beachten:

Erstens muss die Infrastruktur für Innovation stimmen und die wird gebildet aus einem Dreiklang: Bildung, Forschung, Wissenstransfer. Zweitens: Der Staat muss geeignete Anreize setzen, um kreative Kräfte in der Wirtschaft frei zu setzen und er kann drittens natürlich bestimmte Bereiche gezielt finanziell fördern.

Die Bundesregierung setzt seit 2006 auf die sogenannte „Hightech-Strategie“. Seither wurden die Fördermittel des Bundes, die in die Forschungseinrichtungen, also Fraunhofer-, Max-Planck-Institut usw. fließen, deutlich erhöht. Die Projektförderung wurde auf bestimmte Querschnittsaktivitäten fokussiert. Dies sind Klimaschutz, Energie- und Ressourceneffizienz, Entwicklung alternativer Energieträger, Förderung von Gesundheit und Sicherheit. Die Exzellenzinitiative wurde gestartet und hat viel Bewegung in die Hochschulen gebracht – auch bei den Unis unseres Landes.

Es ist die Überzeugung herangereift, dass man gerade der mittelständischen Wirtschaft, den kleinen und mittleren Unternehmen, Anreize für Forschung und Entwicklung durch eine steuerliche Forschungsförderung geben muss. Die steht nunmehr zu Recht im Koalitionsvertrag. Und von ganz besonderer Bedeutung ist natürlich der Wissenstransfer von den Forschungseinrichtungen, von den Hochschulen, hin zu den kleineren und mittleren Unternehmen. [...] Man muss das Thema aber immer wieder von Neuem in Angriff nehmen. Es geht um die Vernetzung von Wirtschaft und Forschung, den Transfer des Wissens und die Bildung von Clustern, also von Netzwerken. Und diese Netzwerkbildung wird ja inzwischen auch gefördert durch den Spitzencluster-Wettbewerb der Bundesregierung, der wirklich sehr viel hervorgebracht hat.

Alles in allem also wissen wir, wie Innovationspolitik aussehen muss. Wir sind weit voran gekommen. Ich wiederhole, die Innovationskraft ist nicht unser Problem. Sorgen, wirkliche Sorgen müssen wir uns aber über einige Themenbereiche machen, die wir in Deutschland entweder nicht angepackt oder bewusst verdrängt haben. Dazu gehören ganz ganz primär die Staatsverschuldung und in dem Zusammenhang die sozialen Sicherungssysteme, das Thema Bildung, Investitionen in die Bildung. Wir haben ganz sicher unerledigte Hausaufgaben im Bereich der Regulierung des Finanzmarktes, der Verkehrsinfrastruktur und auf dem Gebiet der Energieversorgung, also der Versorgungssicherheit in Deutschland.

Ein paar Sätze zur Staatsverschuldung. Ein wichtiges Thema, das mich im Moment besonders beschäftigt, und einige Herren, die hier in der ersten Reihe sitzen, haben mir vorhin bestätigt, dass es auch viele andere Menschen in der Politik beschäftigt.

Bundesfinanzminister Schäuble hat diese Woche offiziell im Bundestag verkündet, dass wir im Jahr 2010 im Bund eine Neuverschuldung von 100 Milliarden Euro haben werden. Und zwar im regulären Bundeshaushalt 86 Milliarden Euro und zusätzlich 15 Milliarden Euro in Nebenhaushalten. Das, was zum Teil die Banken früher gemacht haben, macht jetzt eben auch der Staat. Man hat Nebenhaushalte und dadurch addiert sich das Ganze zu 100 Milliarden.

Die Länder haben zusätzlich Defizite. Wir haben es diese Woche auch von Baden-Württemberg in der Zeitung gelesen. In der Summe machen die deutschen Bundesländer in diesem Jahr ein Defizit von 34 Milliarden Euro. Bei den Gemeinden kommen noch, glaube ich, ca. 3½ Milliarden Euro dazu. In der Summe entspricht das Defizit von Bund, Ländern und Gemeinden im Jahr 2010 etwa 6% des Bruttoinlandsprodukts. Zulässig sind nach EU-Recht 3%. Die Staatsverschuldung bewegt sich damit in Richtung zwei Billionen Euro, also 80% unseres Bruttoinlandsprodukts. Und anerkannte Volkswirte sagen, wir müssen diese 80% zurückführen auf etwa 40%, sonst befinden wir uns in einem Land mit einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung permanent an der Schwelle der Zahlungsunfähigkeit. Und meine Damen und Herren, das ist so. Wenn wir so weiter machen wie bisher, dann haben wir keine Chance, von dieser Verschuldung und damit auch von den immer höheren Zinsen jemals herunterzukommen. Beides wird viel mehr weiter ansteigen.

Der Sachverständigenrat, also die Wirtschaftsweisen, das möchte ich Ihnen nicht ersparen, hat deshalb mit extrem harten Worten die Konsolidierung des Staatshaushalts in seinem Jahresgutachten im November angemahnt. Stellen Sie sich vor, Sie sind Prof. Franz, der Vorsitzende des Sachverständigenrats und Sie übergeben Frau Merkel ihr Gutachten und sagen ihr Folgendes wortwörtlich: „Insgesamt gesehen vermag der Koalitionsvertrag in einer Reihe von wichtigen Punkten nicht zu überzeugen. Es fehlt an einem konsistenten Entwurf für eine umfassende Exit-Strategie, nicht nur an mangelnden konkreten Schritten zur Zurückführung der staatlichen Neuverschuldung. Stattdessen werden Steuererleichterungen und zusätzliche Ausgaben in Aussicht gestellt. Das Abwägungsproblem zwischen Konsolidierung und Steuererleichterungen und Zukunftsinvestitionen wird nicht thematisiert, geschweige denn gelöst. Wenn man schon glaubt, zusätzliche Mittel zur Verfügung zu haben, dann sollten diese besser für Zukunftsinvestitionen eingesetzt werden, anstatt sie beispielsweise in Form eines Betreuungsgeldes und von Steuernachlässen für Hotelbetriebe zu verwenden. Eine Wirtschaftspolitik, die eine konsequente Exit-Strategie vermissen lässt und zu geringe Spielräume für Investitionen in Bildung und Innovation schafft, läuft Gefahr, die Zukunft aufs Spiel zu setzen, Frau Bundeskanzlerin.“ Dies steht wortwörtlich im Sachverständigenratgutachten so geschrieben.

Dabei geht der Sachverständigenrat ganz konkret davon aus und warnt davor, dass wir der japanischen Krankheit verfallen könnten. Dazu muss man wissen, dass Japan seit der ersten Krise vor 20 Jahren aus dem Kreislauf der staatlichen Konjunkturförderung niemals herausgekommen ist, die Verschuldung auf das Doppelte des Bruttoinlandsprodukts gesteigert hat und trotzdem nicht gewachsen ist. Japan ist mit seiner Wirtschaft in 20 Jahren nicht gewachsen. Und wenn ich daran denke, dass uns dies auch blühen könnte, dann wird mir schlecht. Ich kann mir vorstellen, dass es dem Sachverständigenrat als Gremium insgesamt schlecht war bei der Formulierung seines Gutachtens. Denn wie anders könnte man sich diese harschen Worte erklären. Er verlangt von der Bundesregierung zur Konsolidierung Einschnitte statt wörtlich „Tagträumerei“. Ich frage mich auch, warum wir für teures Geld jedes Jahr von solch prominenten Wissenschaftlern ein solches Gutachten einholen, wenn wir

hinterher die geballte Weisheit der Wirtschaftsexperten nahezu komplett ignorieren oder – was ich sogar noch eher glaube – wenn wir das Gutachten nicht einmal lesen. Ich halte das für respektlos und unverantwortlich. Ich glaube, Sie stimmen mir deshalb zu, dass der Abbau der Staatsverschuldung die Priorität Nummer 1 der Politik sein muss. Aber das Wachstum alleine wird es nicht richten. Denn diese Experten sagen auch, dass wir in Deutschland nur ein Wachstumspotential von inflationsbereinigt 1% haben. Warum? Wegen der Demographie. Die schrumpfende und alternde Bevölkerung wird nicht mehr als 1% Wachstum produzieren und deshalb wird es nicht das Wachstum sein, das unsere Probleme von selber löst. Deshalb sind es eben die existenziellen Fragen, mit denen wir uns beschäftigen müssen: Welche Staatsausgaben und Subventionen können gestrichen werden? Welche Investitionen sind zwingend? Wie setzen wir Prioritäten? Welche Systeme, insbesondere der sozialen Sicherung, müssen weiter entwickelt werden? Es sind eben diese Fragen, die die Politiker derzeit nicht beantworten. Und dabei gehen aber, das habe ich auch im Originalton gehört, die Bundeskanzlerin, Finanzminister Schäuble und Wirtschaftsminister Brüderle ganz fest davon aus, dass sie die Schuldenbremse in die Tat umsetzen, weil sie im Grundgesetz steht. Sie hat Verfassungsrang. Herr Schäuble sagt, wir werden die Schuldenbremse umsetzen, aber leider ist niemand bereit, konkret zu sagen, wo wieviel gespart werden kann und dieses ist – Entschuldigung – das Gespenstische an dieser Diskussion.

Wenn wir über den Staatshaushalt sprechen, dann müssen wir natürlich auch über die Steuern sprechen. Aber es wird klar sein, dass wir die Einkommen- und Körperschaftsteuer nicht erhöhen können, das würde die Konjunktur sofort wieder abwürgen. Unsere Verschuldung lässt aber eben auch keine Steuersenkung zu. Natürlich wird jeder im Saal dafür sein, dass wir die kalte Progression abmildern. Die ist ungerecht, das ist eindeutig so. Wahrscheinlich wird auch jeder das Postulat uneingeschränkt unterschreiben, dass sich Leistung in diesem Land lohnen muss. Ich möchte aber, meine Damen und Herren, das ganze Paket sehen. Also, wie soll die Steuerreform konkret aussehen? Das weiß bisher noch kein Mensch. Wie viel wird dem Staatshaushalt fehlen und wie wird die Lücke gestopft? Doch dazu herrscht in Berlin Sprachlosigkeit und dafür werden CDU und FDP aus meiner Sicht zu Recht kritisiert. Ich halte dies für eine unprofessionelle Politik.

Für den Bund gibt es angeblich Einsparmöglichkeiten, insbesondere bei den wirklich massiven Steuerzuschüssen zu den sozialen Sicherungssystemen, also Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung. Aber wenn wir uns damit beschäftigen, müssen wir uns alle ehrlich fragen, ob wir gerade dort sparen können und wollen.

Schauen wir uns doch nur das Gesundheitssystem an. Auch ein Thema, das Sie ja im Kreis beschäftigt, mit dem Kreiskrankenhaus. Nach einer neuen Studie der OECD hat Deutschland eines der leistungsfähigsten Gesundheitssysteme der Welt. Wir geben für die Gesundheit aber auch wesentlich mehr aus als andere Länder. Angeblich liegen unsere Ausgaben pro Kopf ein Fünftel über dem, was andere Länder ausgeben. Nun gibt es zahllose Vorschläge von Experten, und dabei geht es insbesondere um Effizienzgewinne. Ich selbst, das sage ich ganz ehrlich, kann mir keine Beurteilung anmaßen, was man hier alles machen kann. Aber ich denke wir alle wissen aus der eigenen Beurteilung, dass es für die Menschen in unserem Land von allergrößter Bedeutung ist, dass wir eine ausreichende Gesundheitsversorgung haben. Die Menschen strömen in Scharen zu den Ärzten und in die Krankenhäuser. Und aus meiner eigenen Beobachtung glaube ich auch nicht, dass unsere Krankenhäuser gerade hier ineffizient arbeiten. Ich hatte in meiner Familie wegen eines Unfalls oder Krankheit die Gelegenheit, dies zu beobachten. Im Gegenteil, ich bin von der Leistung, die hier geboten wird, absolut beeindruckt und ich bin mir deshalb überhaupt nicht sicher, ob es daraus Effizienzgewinne geben kann. Wahrscheinlich ist der Gesundheitsbereich eher ein Bereich,

der noch mehr Geld kosten wird wegen der Demographie, weil wir ja alle immer älter werden und der medizinische Fortschritt weitergeht.

Zum Rentensystem nur zwei Sätze. Wenn wir alle älter werden, werden wir wahrscheinlich auch hier nicht viel sparen können. Wir müssen vielmehr mehr aufwenden und wahrscheinlich müssen wir länger arbeiten. Es gibt auch hier eine Formel von Experten: Für ein Jahr mehr Rentenbezug muss man 2 Jahre mehr aktiv arbeiten. Deshalb müssen wir Wege finden, wie wir die Menschen in den Unternehmen, aber auch beim Staat, länger beschäftigen. Und leider ist es so, dass Politik und auch die Wirtschaft diesem Problem ratlos gegenüberstehen.

Wir müssen den Verkehr ansprechen. Die Wirtschaft braucht eine Verkehrsinfrastruktur. Wir brauchen deshalb auch hier eine neue Finanzierung und ich glaube, ich liege nicht falsch wenn ich sage, dass wir irgendwann bereit sein müssen, als Nutzer auch für die Autobahnen zu zahlen. Es wird eine Maut kommen. Die Maut muss dann allerdings auch zweckgebunden wieder in die Verkehrsinfrastruktur fließen.

Wenn wir über die Rahmenbedingungen sprechen, die unsere Wirtschaft für das Wachstum braucht, dann müssen wir uns natürlich mit dem Finanzmarkt beschäftigen. Seit Beginn der Krise ist dies eine endlose Debatte und wir sind meilenweit von einer Lösung entfernt. Zur aktuellen Diskussion nur so viel. Natürlich ist es populär, sich mit den Boni der Banker auseinanderzusetzen und die sind auch zu hoch, da muss was gemacht werden, aber dies alleine kann das Problem nicht lösen. Ich glaube auch nicht so recht, dass eine neue Bankenaufsicht das Problem lösen wird. Hatten wir nicht die BaFin, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, die mit ihren Vertretern nahezu an allen Aufsichtsratssitzungen unserer Banken teilgenommen hat?

Und meines Erachtens ist es auch zu einfach Basel II zu kritisieren. Denn grundsätzlich ist es ja richtig, dass, je riskanter ein Geschäft ist, das eine Bank tätigt, desto mehr Eigenkapital sie vorhalten sollte. Wer hat denn den Bankern gesagt, dass sie sich auf Ratings verlassen sollen? Dass sie Geschäfte ohne das erforderliche Eigenkapital außerhalb der Bilanz abwickeln sollen und dass sie das Gebot der festen Konkurrenz vernachlässigen sollen, also langfristige Investments kurzfristig zu finanzieren? Dies alles steht nämlich nicht in Basel II.

Richtig ist aus meiner Sicht, dass wir ein Frühwarnsystem auf europäischer Ebene einrichten. Richtig ist auch, dass wir verantwortliches Handeln der Akteure fördern und ich glaube dazu kann man schon einiges beitragen. Bei einer Schieflage einer Bank, wie bei jedem anderen Unternehmen, darf nicht der Staat helfen. Es müssen die Marktkräfte aktiviert werden. Wir brauchen ein Insolvenzverfahren mit dem Ziel der Fortführung. Und ein solches Insolvenzverfahren wird in Berlin ja nun auch diskutiert. Es ist klar, wer als Manager oder Aufsichtsrat oder Verwaltungsrat pflichtwidrig handelt, muss zur Verantwortung gezogen werden. Er muss es spüren. Er muss erst mal sein Mandat verlieren und natürlich zum zweiten auch begrenzt haften. Schließlich muss alles seinen Preis haben. Wer als Bank ein großes Rad dreht, der muss eben einen hohen Hebel ansetzen und auch ein entsprechendes Eigenkapital vorhalten. Vor dieser Diskussion drücken wir uns, bis die Konjunktur wieder läuft.

Der Grundfehler, sagen Leute, die sich damit auskennen, ist generell, dass die Menschen nicht mehr verantwortlich handeln oder zur Verantwortung erzogen werden. Der Sozialstaat federt die Bürger ab. Der Markt wird außer Kraft gesetzt bei Unternehmerschieflagen und Banken können Milliarden vernichten und dann kommt der Staat also sogenannter „lender of last resort“. Ich denke, dass, wenn man die Verantwortlichkeit wieder richtig einführt, sich die Banker dem soliden Geschäft zuwenden werden, nämlich dem Mittelstand und der

Finanzierung des Mittelstands. Es gibt erfahrene Volkswirte wie den Nobelpreisträger Edmund Phelps, der gesagt hat, dass wir Banken brauchen, die sich ihrem Kerngeschäft, der Finanzierung von Unternehmen, widmen. Und der amerikanische Präsident denkt ja neuerdings an die Trennung des Einlagen- und Kreditgeschäfts vom Investment-Banking und, Herr Dr. Schulte, so dumm ist das wahrscheinlich gar nicht.

In Deutschland haben wir Gott sei Dank sehr gute Finanzdienstleister für den Mittelstand. Wir haben die Sparkassen, die Volksbanken und wir können sehr dankbar sein, dass wir gerade im Kreis Ludwigsburg eine sehr große und sehr leistungsfähige Kreissparkasse haben unter Ihrer Aufsicht Herr Landrat, unter Ihrer Leitung Herr Dr. Schulte, und natürlich auch eine ebenso erfolgreiche Volksbank. Dafür ist die Wirtschaft Ihnen dankbar. Das Geschäftsbankensegment darüber allerdings, einschließlich der Landesbanken, hat sich eine Zeit lang überwiegend dem Investment-Banking und dem Eigenhandel zugewandt. Dies war ein schwerer Fehler.

Lassen Sie mich zum Schluss zur Bildung kommen. Es ist allgemein anerkannt, dass Voraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaft im internationalen Wettbewerb ein hohes Bildungsniveau ist, also Investitionen in die Bildung. Es ist aber auch bekannt, was die Schwächen des deutschen Bildungssystems sind. In jedem Jahr verlassen 8% eines Jahrgangs die allgemeinbildenden Schulen ohne jeglichen Abschluss. Die Abschlussquote an den Universitäten und Hochschulen liegt bei nur 34%. Problematisch ist insbesondere die Ungleichheit der Bildungschancen. Die Wahrscheinlichkeit eines Gymnasialbesuchs ist für Kinder aus Akademikerfamilien viermal so hoch wie für Kinder aus Arbeiterfamilien. 88% der Jugendlichen, die es bis zur gymnasialen Oberstufe schaffen, haben Väter mit Hochschulabschluss. Bei den Abiturienten, die ein Hochschulstudium aufnehmen, haben 94% der Väter ebenfalls einen Hochschulabschluss.

Die wichtigste Forderung ist deshalb die bessere Förderung der frühkindlichen Bildung. Es müssen Anreize geschaffen werden, insbesondere für bildungsferne Schichten und Familien mit Migrationshintergrund. Es geht um ein gebührenfreies Vorschuljahr und natürlich um Ganztagschulen. Hier haben wir viel gemacht im Land, aber alles ist natürlich mit erheblichen Kosten verbunden. Die Wirtschaftsweisen haben das beziffert. Wenn wir das flächendeckend machen wollen, fallen 2,3 Milliarden Euro für die Betreuung der unter 3-jährigen an, für die Gebührenfreiheit im Kindergarten 1,3 Milliarden Euro, für Ganztagschulen 3,8 Milliarden Euro. Wir wissen, dass wir dies nicht finanzieren können, es sei denn, man setzt die Prioritäten anders.

Ein uneingeschränktes Lob – das findet sich ausdrücklich auch im Sachverständigengutachten der Wirtschaftsweisen – genießt die duale Bildung und deshalb sind wir auch hier versammelt. Auch hier gibt es allerdings Handlungsbedarf. In Deutschland sind rund 15% der Personen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren ohne einen beruflichen Abschluss. Das Hauptproblem scheinen der Lehrermangel und die Unterrichtsausfälle zu sein. Diese sind auch in Baden-Württemberg insgesamt angestiegen. Deshalb, das ist die feste Überzeugung meiner Mitstreiter bei der IHK, benötigen wir in den Berufsschulen noch mehr Spielräume für die Einstellung von Lehrkräften und die Attraktivität des Berufs des Berufsschullehrers muss gesteigert werden.

Das Berufsschulwesen im Landkreis Ludwigsburg, Herr Landrat Haas, wir beide haben uns darüber ja intensiv unterhalten, ist, so wie ich das auch von Herrn Haller von der IHK-Bezirkskammer Ludwigsburg höre, vorbildlich geregelt. Der Landkreis Ludwigsburg legt

allergrößten Wert darauf, dass die Auszubildenden optimal versorgt werden und dass möglichst alle die Chance haben, einen Abschluss zu machen.

Besonders möchte ich die Anstrengung für die 2-jährigen Ausbildungsgänge hervorheben. Es geht in der Tat ganz besonders darum, dass man auch denjenigen, die sich schwer tun, eine Chance gibt auf einen Abschluss. Und ich möchte deshalb Ihnen, Herr Landrat Haas, dem Kreistag, allen Lehrern und den für die Berufsschulen Verantwortlichen im Namen der IHK ganz herzlich für das großartige Engagement und die hervorragende Zusammenarbeit danken.

Die IHK-Bezirkskammer unter Leitung von Herrn Dr. Schulte und Herrn Geschäftsführer Haller ist in vielfältiger Weise mit dem Schulwesen hier verbunden. Vom Schulausschuss des Landkreises, in dem wir mitwirken, über die Räumlichkeiten der Schulen, die wir nutzen für die Kammerprüfungen und Veranstaltungen, bis hin zur Unterstützung der Prüfungen durch die Lehrkräfte arbeiten wir sehr eng zusammen. Ich höre aus dem Kreis der Bezirkskammer Ludwigsburg, von den Mitgliedern des Präsidiums und der Geschäftsführung, dass die beruflichen Schulen beim Landkreis immer ein offenes Ohr für ihre Bedürfnisse finden und das finde ich ganz hervorragend.

Zwischen der IHK und dem Beruflichen Schulzentrum hier in Bietigheim-Bissingen gibt es enge Verbindungen. Wir sind Mitglied im Förderverein und unsere Mitglieder engagieren sich beim alljährlichen Highlight „Schule trifft Wirtschaft“. Deshalb auch den Lehrern, den Verantwortlichen der Berufsschule in Bietigheim-Bissingen ein ganz herzliches Dankeschön. Großes Kompliment für die Arbeit, großes Kompliment auch für die hervorragende Lehrerband, ich freue mich schon auf die nächsten Stücke, darunter „Proud Mary“ aus unserer Jugendzeit.

Um zum Schluss zu kommen: Ich glaube, dass gerade die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Schulen ein sehr gutes Beispiel dafür ist, wie wir alle in Politik, Wirtschaft und Verwaltung über viele Jahre gemeinsam ein wirklich solides Fundament gebaut haben für weiteres Wirtschaftswachstum. Darauf darf man an solch einen Abend auch einmal anstoßen.

Wir haben allerdings auch, das habe ich ausgeführt, politische Fehler gemacht und wir müssen uns existenziellen Fragen zuwenden. Daran müssen wir jetzt mit Hochdruck arbeiten. Gefragt ist deshalb, dass die Politiker auch ein gutes Stück aufhören, sich von Wahlen und Medien treiben zu lassen. Gefragt ist jetzt politische Führung. Unternehmer, das sage ich auch, müssen aufhören, alles nur aus der Brille ihres Mikrokosmos zu sehen und Manager müssen aufhören, alles ihrem Gewinnstreben unterzuordnen. Ich denke, wir alle sollten uns immer wieder an die Mahnungen der Vordenker der sozialen Marktwirtschaft erinnern. Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack und Wilhelm Röpke haben immer wieder betont, dass die soziale Marktwirtschaft nicht nur eine Rahmenordnung braucht, sondern auch eine geistig-moralische Rahmenordnung. Dazu gehören Leistungswille, Disziplin, Gerechtigkeitssinn, Mäßigung, Fairness und Gemeinsinn. Und wenn wir uns alle daran halten, dann denke ich, haben unsere Wirtschaft und auch unser Staat eine gute Zukunftsperspektive.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Quelle: Tonbandmitschnitt